

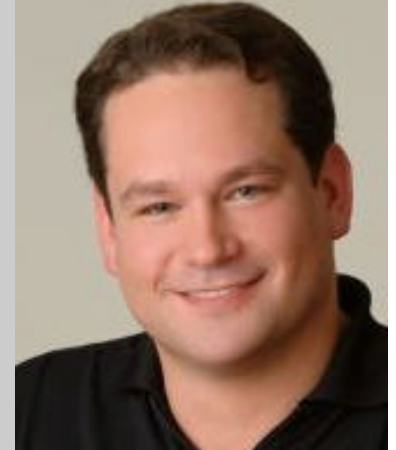
April 2007

Ausgabe 6
16. Legislatur



Liebe Freundinnen und Freunde,

zuerst eine Personalie: seit März 2007 ist Kerstin Andreae, Mitglied unserer Landesgruppe wirtschaftspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion. Herzlichen Glückwunsch liebe Kerstin, zu dieser neuen Aufgabe!



Im Moment stehen wir mit unseren politischen Konzepten ganz gut da - die Umfragewerte zeigen eine steigende Tendenz. Unsere konstruktive Opposition zeigt also Wirkung. Darum als Lektüre für die kommenden Feiertage ein Einblick in die grüne Parlamentsarbeit und der Ausblick auf die aktuellen Debatten in der Bundestagsfraktion und in den Ausschüssen.

Ich wünsche euch allen schöne Osterfeiertage und viel Freude beim Lesen!

Euer Alex Bonde

Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg



Bundestagsfraktion

Kerstin Andreae	S. 2
Biggi Bender	S. 4
Alex Bonde	S. 6
Uschi Eid	S. 8
Winne Hermann	S. 10
Sylvia Kotting-Uhl	S. 12
Fritz Kuhn	S. 14
Gerhard Schick	S. 16
Impressum	S. 18

Kerstin Andreae

Wettbewerb, Wirtschaftspolitik und Weichenstellung

Am 27. Februar hat mich die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur wirtschaftspolitischen Sprecherin der Fraktion gewählt. Nach viereinhalb Jahren Finanz- und Steuerpolitik und als kommunalpolitische Sprecherin wechsele ich nun in das nah verwandte Feld der Wirtschaftspolitik. Grüne Wirtschaftspolitik ist seit jeher von dem Gedanken der Verbindung von Ökologie und Ökonomie geprägt. Sehr spät wird nun dieser Gedanke von anderen Parteien und vor allem von der Wirtschaft aufgegriffen. Wir sind in der Vergangenheit nicht müde geworden, zu betonen, dass eine zukunftsfähige Wirtschaft eine nachhaltige Wirtschaft ist.

Ich möchte darüber hinaus weitere Akzente setzen. Die Stärkung der regionalen Ebene ist auch aus wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Sicht sehr relevant. In einem zusammenwachsenden Europa, in einer mehr und mehr globalisierten Welt wächst die Bedeutung der regionalen Ebene. Insofern hoffe ich, dass ich auch in der Arbeit im Unterausschuss „regionale Wirtschaftsförderung“ meinen Beitrag leisten kann.

Manche von Euch kennen die Thesen von Charles Landry („The creative city“) und Richard Florida („Technik, Toleranz, Talente“).

Beiden ist gemein, dass sie die Zukunftsfähigkeit einer Region daran messen, wie diese ihr kreatives Potenzial ausschöpft. Übersetzt heißt das: Wir leben in einer Zeit,

in der Kreativität zur wichtigsten Ressource für Innovation und Entwicklung in unserer wissensbasierten Wirtschaft geworden ist. Es ist grüne Wirtschaftspolitik, auf Innovation, auf das hohe Potenzial von Frauen und auf Existenzgründungen zu setzen. Grüne Wirtschaftspolitik setzt auf den Wettbewerb der besten Ideen und Lösungen. Dahinter steht die Überzeugung, dass funktionierende Märkte und diskriminierungsfreier Wettbewerb sinnvolle und effiziente Verfahren für die Lösung gesellschaftlicher Probleme und ökonomischer und ökologischer Herausforderungen darstellen. Allerdings brauchen wir auch einen starken Staat, um zentrale Ziele wie Klimaschutz, Verteilungsgerechtigkeit und Bildungschancen für alle durchzusetzen. Ein effektiver staatlicher sozial-ökologischer Ordnungsrahmen, der die Spielregeln definiert, Öko- und Sozialdumping verhindert und die ökologischen Kosten von Umweltbelastungen in die Marktpreise internalisiert, ist und bleibt aus meiner Sicht die Grundbedingung eines fairen Wettbewerbs.



Mitglied
Finanzausschuss

Eines der großen Felder, wo wir derzeit mit den Auswüchsen fehlerhaften Wettbewerbs konfrontiert sind, ist der Energiemarkt.

Vor zehn Jahren wurde der Grundstein für die Liberalisierung der Energiewirtschaft gelegt. Durch mehr Wettbewerb und damit mehr Anbieter sollte eine effiziente Versorgung und sinkende Preise erreicht werden. Die Bilanz fällt nüchtern aus. In den letzten Jahren ist es zu einer enormen Marktkonzentration gekommen. Wirksamer Klimaschutz findet in der konventionellen Energiewirtschaft nicht statt. Die Zahl der Beschäftigten ist stark nach unten gegangen. Trotzdem ist der Preis für Strom und Gas heute höher als vor der Liberalisierung. Im europäischen Vergleich schneidet der deutsche Kunde schlecht ab. Er zahlt meist die höchsten Preise für Strom und Gas.

Ein wesentlicher Schritt, um die Märkte für neue Wettbewerber zu öffnen, ist die Trennung von Netz und Betrieb. Das Netz muss allen Anbietern zugänglich sein. Zu diesem Schluss kamen auch die europäischen Regulierungsbehörden – mit Ausnahme der Bundesnetzagentur, sie stimmte gegen diesen Vorschlag.

Wir fordern Wirtschaftsminister Glos auf, seine Blockadepolitik gegen eine eigentumsrechtliche Entflechtung von Netz und Betrieb aufzugeben und den Weg zu mehr Wettbewerb und damit zu fairen Preisen freizumachen. Darüber hinaus muss dem Staat die Möglichkeit eingeräumt werden, bei zu großer Marktbeherrschung in letzter Konsequenz die eigentumsrechtliche Entflechtung auf der Ebene der Konzerne durchzusetzen.

Auch auf der Verteilnetzebene dominieren integrierte Unternehmen. Hier ist das Missbrauchspotenzial aber deutlich geringer als bei den Energieriesen. Viele Verteilnetzbetreiber verfügen bislang kaum über Erzeugungskapazitäten. Sie sind von der Preisgestaltung des Stromoligopols abhängig.

Der Effizienzdruck im Netzbetrieb stellt gerade kleine, meist kommunale Unternehmen, vor besondere Herausforderungen. Ab einer bestimmten Größe haben kleine Betriebe es schwer, den Spagat zwischen aktuellen Entflechtungsvorgaben und dem Rationalisierungsdruck durch sinkende Einnahmen bei den Netzentgelten zu vollziehen.

Eine Möglichkeit, auf diese Situation zu reagieren wäre eine Kooperation oder der Zusammenschluss mit dem Netzbetrieb anderer kommunaler Betriebe.

Dies wird aber in der Praxis durch eine enge Auslegung des Gemeindewirtschaftsrechts erschwert. Insbesondere die strikte Auslegung des Örtlichkeitsprinzips hindert Kommunen in vielen Bundesländern daran, sich offensiv dem Wettbewerb zu stellen.

Wir müssen die Stadtwerke für den Wettbewerb stärken. Es ist falsch, wenn EnBW in Konkurrenz den Stadtwerken gehen kann, die Stadtwerke aber nicht in Konkurrenz zu EnBW. Hier brauchen wir eine andere Weichenstellung.

Biggi Bender

Schutz vor Passivrauchen – seit Monaten in der Diskussion – endlich bewegt sich etwas

Die grünen Aktivitäten

Die grüne Bundestagsfraktion hat sich bisher als einzige Fraktion des Deutschen Bundestages zum Schutz vor Passivrauchen klar positioniert: Ende Februar haben wir einen Antrag eingebracht, in dem ein Rauchverbot in allen Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages beantragt wird. Selten hat ein grüner Antrag in so kurzer Zeit die Positionierung der anderen Fraktionen vorangetrieben. Eine Woche nach der Einbringung fühlte sich der Ältestenrat des Bundestages zum Handeln gezwungen und es fand in dieser Wahlperiode endlich die erste Debatte zum Thema Schutz vor Passivrauchen statt.

Im März folgte ein Antrag (Drucksache 16/4761), der die Bundesregierung auffordert, Rauchverbote im Interesse des Schutzes vor Passivrauchen im Arbeitsschutzgesetz zu verankern.

Die Bundesländer und das Hickhack um rauchfreie Gaststätten

Die Ministerpräsidenten der Länder handeln gegen das Interesse der Bevölkerung, die sich mehrheitlich für klare Rauchverbote in der Gastronomie ausspricht.

Mehrere Bundesländer scherten aus dem von ExpertInnen und GesundheitsministerInnen verabredeten Vorschlägen - Rauchverbote zum Schutz vor Passivrauchen in öffentlichen Gebäuden von Ländern und Kommunen sowie der Gastronomie – aus. Bei der Tagung der Ministerpräsidenten im März gaben mehrere (große) Bundesländer Protokollnotizen ab, um z.B. Sonderregelungen in Bierzelten oder „Eckkneipen“ zu ermöglichen. Da bleibt nur festzustellen: Es lebe der nationale Flickenteppich. Baden-Württemberg hat sich zum Glück von der FDP-Idee der R-Kneipen verabschiedet.

Offen ist, welche Anforderungen für die Rauchernebenräume gelten – ohne Entlüftung und Unterdruck dringt der Qualm überall hin.

Halbherzige Vorschläge der Bundesregierung

Der seit Ende Februar vorliegende Gesetzentwurf des Bundeskabinetts zu Rauchverboten in Bundeseinrichtungen und im öffentlichen Personenverkehr ist ein erster zaghafter Schritt in die richtige Richtung.

Es müssen jedoch weitere Schritte folgen, damit der Gesetzentwurf mehr wert ist als das Papier, auf dem er steht.



Mitglied Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Die InhaberInnen des Hausrechts und die BetreiberInnen der Verkehrsmittel sollten für die Einhaltung der Rauchverbote Verantwortung tragen und nicht nur verpflichtet werden, Verbotsschilder aufzuhängen. Es fehlen im Gesetz klare Anforderungen und Mindestkriterien für die vorgesehenen Raucherräume ebenso wie wirkungsvolle Sanktionen bei Verstößen.

Am problematischsten ist, dass die Bundesregierung eine rein kosmetische Veränderung der Arbeitsstättenverordnung vorschlägt.

Stattdessen ist es notwendig für alle Arbeitsstätten – auch die mit Publikumsverkehr – Rauchverbote zu verankern. Die Behauptungen des Bundesarbeitsministeriums, dass der Bund solche Regelungen im Arbeitsrecht nicht vornehmen dürfe, werden durch regelmäßige Wiederholungen nicht richtiger.

Es fehlt der politische Wille, alle ArbeitnehmerInnen vor den unbestrittenen Gefahren des Passivrauchens zu schützen.

Prävention als Leitthema grüner Gesundheitspolitik

Gesundheitspolitik wird oft auf Krankenversorgungspolitik reduziert. Dann folgen Rehabilitation und Pflege. Was fehlt, ist die Prävention als 4. Säule. Prävention hilft, Krankheiten zu vermeiden und Gesundheit zu fördern.

Moderne Prävention orientiert sich an der Reduzierung gesundheitsschädigender Risiken und auf den Aufbau gesundheitsfördernder Ressourcen. Gesundheitliche Belastungen z.B. von Übergewicht, Lärm oder Luftverschmutzung können durch verhaltens- und verhältnispräventive Maßnahmen reduziert werden.

Verhältnisprävention zielt auf die Gestaltung gesunder Lebensumwelten – die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen in Betrieben und Städten. Verhaltensprävention setzt auf gesundheitsgerechte Verhaltensweisen wie ein angemessenes Ernährungs- und Bewegungsverhalten. Ressourcenorientierung heißt, positive Bewältigungsstrategien (z.B. zur Stressreduktion) oder soziale Beziehungen in der Nachbarschaft zu fördern.

Denn „Soziales Kapital“ fördert die Gesundheit. Prävention findet in den Lebenswelten der Menschen statt. Sie wird unter aktiver Beteiligung der BürgerInnen praktiziert. Prävention sollte im Sinne von „Vorbeugen ist besser als heilen“ in möglichst allen grünen Politikfeldern, insbesondere der Gesundheits-, Umwelt-, Verkehrs-, Verbraucherschutzpolitik, als Leitidee verankert werden.

Am 20./21. April findet in Berlin der Kongress „Prävention als Leitthema grüner Gesundheitspolitik“ statt. Ich würde mich freuen viele von Euch dort zu treffen. Wir werden diskutieren,

- was wir von anderen Ländern in der Prävention lernen können,
- warum es wichtig ist, soziallagenbezogene Prävention zu betreiben,
- was die Erfolgsbedingungen regionaler und kommunaler Prävention sind,
- welche Potenziale die Gesundheitswirtschaft in der Prävention freisetzen kann,
- wie VerbraucherInnen und UnternehmerInnen von Prävention profitieren können und wie wir eine gesunde und nachhaltige Ernährungskultur umsetzen können.

Weitere Informationen zu unserem Kongress findet Ihr unter:

www.gruene-bundestag.de in der Rubrik Service

Alex Bonde

US-Raketenabwehr

Technikglaube statt Politik & Abrüstung

Die Pläne der USA für ein globales Raketenabwehrsystem sind spätestens seit der Münchener Sicherheitskonferenz im politischen Fokus angelangt. Die USA haben seit 2001 ihre nationalen Pläne zur Errichtung einer nationalen Abwehr vor Mittel- und Langstreckenraketen forciert. Nachdem eine erste Stufe ihres „Raketenschildes“ in Kürze in Alaska und Kalifornien offiziell in Betrieb genommen werden soll, soll eine zweite Stufe folgen: Die Errichtung einer europäischen Komponente durch ein Radar in der Tschechischen Republik und zehn Abfangraketen in Polen. Erklärtes Ziel: Die USA besser vor Raketen zu schützen, insbesondere vor dem eine potenzielle Bedrohung aus dem Iran, und diesen Schutz auch auf Teile Europas auszuweiten.

Nachdem Präsident Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz diesem Ausbau vehement widersprochen hatte, war in den letzten 14 Tagen die USA mit hochrangigen Vertretern in Europa unterwegs, um über das System zu unterrichten. Unterrichten wohlge-merkt, denn die USA betrachten die Frage der Stationierung der Raketenabwehrkomponenten in Osteuropa als eine bilaterale Frage zwischen ihnen und Polen bzw. Tschechien.

Grüne Position

Die grüne Position hierzu ist klar: Wenn die USA Europa in ihren Raketen-schutz aufnehmen wollen, so kann dies keine bilaterale Angelegenheit sein – hierzu muss Europa zunächst einmal konsultiert werden.

Diese Frage muss in der EU debattiert und gemeinsam entschieden werden. Die NATO ist als Bündnis der Ort, in dem gemeinsame Sicherheitsfragen mit den USA beraten werden. Sie berät zwar

seit Jahren über Raketenabwehr. Die Beratungen scheitern aber am Grundproblem, dass nach dem Ende des Kalten Krieges die Bedrohungswahrnehmung in Europa und den USA auseinander laufen. Das geplante System versucht eine bestimmte Bedrohungsanalyse festzuschreiben. Ziel müsste es sein auf gleicher Augenhöhe, gemeinsam mit USA, EU, Russland und andern zu einer gemeinsamen Analyse und Position zu kommen. Stattdessen wird beraten, wie ein NATO-Raketenabwehrsystem aussehen könnte, um es technisch und politisch an die unilaterale Pläne der USA anzukoppeln.

Wir Grüne lehnen das Raketenabwehrsystem der USA im Grundsatz ab. Der Versuch, das politische Risiko einer Bedrohung durch Raketen technologisch zu beherrschen, ist – ungeachtet der angebrachten Zweifel an der Realisierbarkeit eines solchen Vorhabens – zum Scheitern verurteilt.

Das Hauptaugenmerk in der Sicherheitspolitik muss in Diplomatie und Schaffen von Vertrauen gelegt werden. Technikgläubigkeit erschwert es jedoch, den Schwerpunkt auf diese Punkte zu legen.



Mitglied Haushalts- und Verteidigungsausschuss

Abrüstungspolitische Risiken

Das Raketenabwehrsystem ist abrüstungspolitisch schädlich. Der ohnehin angeschlagene Abrüstungs- und Nonproliferationsprozess erodiert weiter. Die USA vertreten die Auffassung, durch ein solches System würden alle potenziellen Gegner von vorneherein auf Lang- und Mittelstreckenwaffen verzichten. Unsere Auffassung ist: wer 10 Abfangraketen in Europa stationieren will, gibt den Anreiz, sich mehr als 11 eigene Raketen zu besorgen. Wer schon Raketen besitzt, hat den Anreiz, diese zu modernisieren, um eine Abwehr zu erschweren oder zu vereiteln. Die Kombination aus Schwert und Schild, also einer offensiven weltweiten Militärkapazität neben einem defensiven System, dass potenzielle Gegner abschreckt, produziert Folgewirkungen. Aus unserer Sicht geht es bei dem System und der notwendigen deutschen und europäischen Position weniger um Russland. Man muss sich die russischen Reaktionen genau anschauen und die russische Position und Befürchtung ernst nehmen, darf sich aber auch keinen russischen Bären aufbinden lassen. Gerade Putin gehört nicht zu den Helden der Abrüstung. Gleichzeitig darf man ihm aber auch keine Vorwände für neue Rüstungs- und Modernisierungsprojekte liefern.

Bundesregierung: Weggeduckt

Das Raketenabwehrsystem betrifft Europa, da für Deutschland und Nordeuropa das Risiko durch Trümmerteile, Fallout oder elektromagnetische Impulse besteht. Dieses Thema beunruhigt aber bisher niemanden, da die Regierung überzeugend erklärt hat, dass sie in dieser Frage nicht die blasseste Ahnung hat. Die Debatte über die amerikanische Raketenabwehr die letzten Wochen war unbefriedigend. Die Bundesregierung vermeidet jede Debatte nach Kräften, geht Fragen aus dem Weg und vermeidet jede Meinungsbildung.

Eine Antwort auf die Kleine Anfrage der GRÜNEN-Fraktion (BT-Drs. 16/ 4517): Das Raketenabwehrsystem kann politisch „ohne genauere Kenntnis der Einzelheiten nicht abschließend bewertet werden“ erfolgen. Beachtlich, da die Regierung seit 2001 regelmäßig informiert wurde. Anderes Beispiel: Staatsminister Erler (SPD) antwortet auf unsere kleinen Anfrage, die EU brauche sich nicht mit diesem Thema befassen – am selben Tag gibt derselbe Staatsminister mehrere Interviews, in denen er genau dies fordert.

Pikant ist die Rolle der SPD in dieser Frage. Mehrere Politiker, unter anderem der Parteivorsitzende Kurt Beck, positionierten sich plötzlich vehement gegen die Raketenabwehr. Interessant, wenn man bedenkt, wie unter Rot-Grün die SPD uns Grünen bei jedem Versuch, aktive Abrüstungspolitik zu machen, Knüppel zwischen die Beine geworfen hat. Daher konnte man die letzten Wochen über die friedenspolitische Erweckung der SPD nur staunen. Aber unseren Antrag im Bundestag hat die SPD mit einer rhetorischen Meisterleistung abgelehnt: Abrüstung ist theoretisch toll, aber im Regierungshandeln dann irgendwie doch nicht.

Wir Grünen werden es weder der Bundesregierung noch der SPD erlauben, bei diesem wichtigen Thema abzutauchen. Wir brauchen eine Debatte über die Raketenabwehrpläne – in Deutschland, in der EU und in der NATO. Und wir brauchen einen Strategiewandel, der die wahren Ursachen von Bedrohungen in den Blick nimmt und nicht auf vermeintliche technische Lösungen setzt.

Für weitere aktuelle Information zu Sicherheits- und Haushaltspolitik sowie Veranstaltungsangebote zu diesen Themen stehe ich gerne zur Verfügung!

Uschi Eid

Der „Trendwende“ in der Auswärtigen Kulturpolitik fehlen konzeptionelle Leitlinien

Seit einem Jahr steht die Auswärtige Kulturpolitik wieder in der öffentlichen Diskussion, eine „Reflexionsphase“ gar über Zukunft und notwendige Neuerungen hatte das Auswärtige Amt für 2006 ausgerufen. Unter anderem geht und ging es um alte und neue regionale Schwerpunkte des internationalen Kulturaustausches, um die Gestaltung interkultureller Dialogstrukturen, nicht zuletzt um die Zukunft und finanziellen Grundlagen der Institutionen – allen voran das Goethe-Instituts als wichtigster Mittler in der deutschen auswärtigen Kulturarbeit.

Kurz: wie und welche Instrumente und Institutionen müssen an weltpolitische Herausforderungen und Veränderungen in der internationalen Kulturlandschaft und auch an einen globalen Wissens- und Innovationswettbewerb angepasst werden, um die deutsche Kulturarbeit im Ausland auf zukunftsfähige Grundlagen zu stellen? Mit einer umfassenden Großen Anfrage haben wir die Bundesregierung zu – aus unserer Sicht gegenwärtigen Defiziten in diesem Feld - befragt und nicht zuletzt zur umfassenden Berichterstattung zu zentralen Zukunftsfragen der Auswärtigen Kulturpolitik aufgefordert, die sie nun in ihrer Antwort vorgelegt hat.



Mitglied
Auswärtiger Ausschuss

Eine Überarbeitung der konzeptionellen Leitlinien und systematische Überprüfung der Instrumente und Aufgaben der Auswärtigen Kul-

turpolitik durch die Bundesregierung sind in naher Zukunft nicht zu erwarten.

In der Antwort auf die Große Anfrage betont die Bundesregierung, dass die unter rot-grün erarbeiteten Leitsätze der „Konzeption 2000“ auch weiterhin unangefochten Grundlage und „kulturpolitische Richtschnur“ für die künftige auswärtige Kulturarbeit sind. Mit Ihnen wurde auf die weltpolitischen Umbrüche nach Ende des Kalten Krieges, die Erweiterung Europas und auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen nach 2001 reagiert. Die Bundesregierung hält damit an vorhandenen regionalen Schwerpunktsetzungen in Europa, dem Nahen Osten und in Asien fest. Auch der von rot-grün formulierte Beitrag zur Friedenssicherung, zur Krisen- und Konfliktprävention bleibt somit eine der Hauptaufgaben, die Wert- und Dialogorientierung Kennzeichen auch künftiger weltweiter Kulturarbeit.

Als gravierende Leerstelle offenbart sich in der Antwort der Bundesregierung der Bereich der Evaluation. In der Konzeption 2000 angekündigt, per Bundestagsbeschluss in 2004 eingefordert, ist die Evaluierung der

Umsetzungs- und Kulturarbeit durch die Mittlerorganisationen bislang über Einzelunternehmungen noch nicht hinaus gekommen. Nach wie vor steht eine systematische und umfassende Evaluierung des Politikfelds aus. Ohne diese aber werden weder „Erfolge“ der Auswärtigen Kulturarbeit ehrlich zu bewerten sein. Noch wird man kulturpolitische Instrumente und Aufgabenkataloge verbessern und an weltpolitische Herausforderungen anpassen können. Die Bundesregierung muss hier deutliche Anstrengungen unternehmen und zügig Bewertungskriterien erarbeiten.

Im Hinblick auf die Kulturarbeit in Europa fehlt es nicht an lobenswerten Beteiligungen an europäischen Großveranstaltungen und -konferenzen und wegweisenden europäischen Netzwerken. Aber dem deutschen Kulturrengagement in Europa mangelt es an klar formulierten strategischen Zielen – wie etwa dem einer gemeinsamen europäischen Außenkulturpolitik. Wohlmeinende Rhetorik reicht hier nicht, um die ernsthafte Stärkung der kulturellen Zusammenarbeit und das kulturelle Zusammenwachsen des erweiterten Europas geht. Wir begrüßen zwar die klare Aussage der Bundesregierung, dass Europa ein Schwerpunkt der Kulturarbeit ist und bleiben wird. Auf die aktuellen Fragen aber, welche konkreten Impulse von der deutschen auswärtigen Kulturpolitik auch im Rahmen der EU-Präsidentschaft ausgehen könnten, um zur Stärkung der europäischen Identität und des europäischen Bürgergesellschaft beizutragen, fehlen Antworten.

Trotz aller Bekräftigungen der Rolle der Auswärtigen Kulturarbeit lässt sich die von Bundesaußenminister Steinmeier ausgerufene

finanzielle „Trendwende“ in der Antwort nicht durch harte Haushaltszahlen belegen. Um Mittel für die AKBP zu verstetigen reicht es auch nicht aus, den finanziellen Abwärtstrend zu stoppen. Vielmehr muss auf generelle Budgetzwänge im Haushalt durch weiterreichende Maßnahmen geantwortet werden. Dazu gehört es, für eine stärkere und bessere Koordination der Mittlerorganisationen zu sorgen, die Kulturarbeit endlich systematisch und umfassend zu evaluieren, um einen effizienten und besseren Einsatz der Finanzmittel zu gewährleisten. Zugleich muss das Netzwerk der Kulturmittler gezielter um privatwirtschaftliche und neue gesellschaftliche Akteure erweitert werden, um die finanzielle und intellektuelle Basis der auswärtigen Kulturarbeit zu verbreitern.

Die von der Bundesregierung in 2006 ausgerufene Reflexionsphase für die auswärtige Kulturpolitik ist also nicht abgeschlossen, sondern geht offensichtlich in die Verlängerung – allerdings ohne präzisen zeitlichen Horizont. Dringend aber müssen den Debatten und Großkonferenzen Ergebnisse folgen, die in operative Kulturarbeit umgesetzt werden können.

Gerade auch zur nachhaltigen Stärkung der Arbeit und Vernetzungsmöglichkeiten der deutschen Mittlerorganisationen in einer sich wandelnden europäischen und globalen Kulturlandschaft ist dies unabdingbar.

Die Antwort / Große Anfrage ist als Bundestagsdrucksache 16/ 4024 im Internetangebot des Bundestages oder aber im Berliner Büro von Uschi Eid (uschi.eid@bundestag.de) erhältlich.

Winne Hermann

Bahnpolitik a la Mehdorn Verkauf von Bahnhofsgebäuden

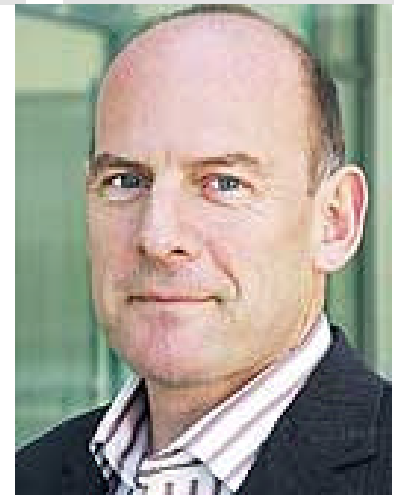
Die Bahnhöfe sind die Visitenkarte des Bahnverkehrs. Doch statt mit einem kundenfreundlichen Angebot wie etwa dem persönlichen Fahrkartenverkauf neue Kunden zu gewinnen, zieht sich die DB AG weitgehend aus der Fläche zurück und treibt gleichzeitig milliardenschwere Vorzeigeobjekte wie den Berliner Hauptbahnhof oder den unterirdischen Bahnhof „Stuttgart 21“ voran. Wenn es nach dem Willen von Hartmut Mehdorn & Co. ginge, sollen klassische Empfangsgebäude mit Restaurant, Imbiss und Zeitungskiosk in den meisten deutschen Städten der Vergangenheit angehören. Allein in Baden-Württemberg will die DB AG von den derzeit 240 Bahnhofsgebäuden nur noch 76 behalten. Alle anderen sollen verkauft, abgerissen oder dem Verfall überlassen werden. Bedenkt man, dass die Bahnimmobilien im Zuge der Bahnprivatisierung im Eigentum des Bundes bleiben sollen, liegt der Verdacht nahe, dass sich die Bahn vorher noch schnell von möglichst vielen Immobilien trennen will, um damit Kasse zu machen.

Netzstatus

Die DB AG erzielte im vergangenen Jahr den höchsten Gewinn seit Jahren. Trotzdem befindet sich das deutsche Schienennetz in einem kritischen Zustand. Zu diesem Urteil kamen Verkehrsexperten und der Bundesrechnungshof auf zwei Anhörungen des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages und bestätigten damit, was wir schon lange vermuten: Die DB vernachlässigt seit Jahren die Pflege des Netzes und unterlässt in großem Umfang notwendige Reparaturarbeiten, um ihre

Bilanzen für den geplanten Börsengang aufzupolieren.

Statt schwere Mängel zu beheben, von denen einige sogar sicherheitsrelevant sind, lässt die DB einfach die Züge langsamer fahren und schiebt aufwändige Reparaturarbeiten häufig solange auf, bis die Anlagen derart verschlissen sind, dass dann der Bund dafür die so genannten Ersatzinvestitionen übernimmt. Die DB bestreitet dies vehement. Anfang März präsentierte sie unter dem Titel "Pro Netz" ein umfassendes Sanierungsprogramm mit dem sie zentrale Verkehrskorridore instand setzen will. Den tatsächlichen Sanierungsrückstand verschweigt die DB aber ebenso wie die Tatsache, dass es sich bei den angekündigten Großbaustellen auf den Hauptstrecken um Ersatzinvestitionen handelt, die vom Bund gezahlt werden. Das wird nicht ausreichen, um das Netz zukunftsfähig zu machen. Solange die DB AG keine Angaben über den wahren Zustand des Netzes macht, darf es keinen Börsengang geben.



Mitglied Sport- und Verkehrsausschuss

Gesetzentwurf zur Teilprivatisierung der DB AG

Der bereits kursierende Gesetzentwurf zur Teilprivatisierung der DB AG ist ein Kniefall vor Mehdorn. Die von der großen Koalition im November letzten Jahres verabschiedeten Eckpunkte werden zu weiten Teilen nicht berücksichtigt. Stattdessen liefert das Verkehrsministerium ein Gesetz nach den Vorstellungen der DB AG ab.

Der Entwurf ist faktisch das Eigentumssicherungsmodell“ in Reinkultur und kommt damit den Vorstellungen des Bahnchefs für einen integrierten Börsengang mit Netz weitgehend entgegen. Zwar soll der Bund juristischer Eigentümer des Eisenbahnnetzes bleiben, wie es auch das Grundgesetz vorschreibt, doch faktisch gibt der Bund alle Eigentumsrechte (Verzicht auf Stimmrechte zugunsten der DB) für die nächsten 15-25 Jahre an die Deutsche Bahn AG ab. Gleichzeitig verpflichtet sich der Bund zur Zahlung eines festen Zuschusses von mindestens 37,5 Mrd. Euro.

Sollte es zur Umsetzung dieses Gesetzes kommen, enteignet sich der Bund faktisch ohne Not selbst. Dem Bund bleibt lediglich die Möglichkeit nach 15 Jahren sein eignes Netz von der DB AG zurückzukaufen. Das ist ein Skandal. Das vorliegende Gesetz ist nicht verfassungskonform und schadet dem Schienenverkehr, der angesichts der Klimakatastrophe dringend ausgeweitet werden muss. Dagegen werden wir entschiedenen Widerstand leisten. Was Tiefensee hier produziert hat führt die Bahn aufs Abstellgleis.

Luftverkehr muss Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen

Der jüngste Bericht des International Panel on Climate Change IPCC hat die Verantwortung des Menschen für den Klimawandel auf dramatische Art und Weise bestätigt. Der Luftverkehr schädigt das Klima in besonderer Weise, weil die Emissionen in großen Höhen abgegeben werden und die klimatischen Bedingungen sowohl regional als auch global gravierend verändern. Der Luftverkehr wächst derzeit pro Jahr durchschnittlich um 5%. Nicht ohne Folgen für das Klima. Allein die Treibhausgasemissionen der EU aus dem internationalen Flugverkehr sind seit 1990 um 87% gewachsen.

Die EU ist somit verantwortlich für ungefähr 50% aller CO₂-Emissionen der Industrieländer aus der internationalen Luftfahrt.

Wenn der Trend ungebrochen weitergeht, werden die im Straßenverkehr, der Wirtschaft, der Energiewirtschaft und Haushalten erreichten Einsparungen aufgeessen. Der internationale Luftverkehr unterliegt bisher keinen Klimaschutzverpflichtungen, im Kyoto-Protokoll und auch beim europäischen Emissionshandel ist der internationale Luftverkehr bisher ausgenommen. Seit langem werden wirksame Instrumente für die Reduktion von Emissionen aus dem Luftverkehr eingefordert und diskutiert.

Weil die internationale Luftfahrtorganisation ICAO handlungsunfähig bleibt, hat die EU-Kommission im Dezember 2006 einen Richtlinienvorschlag vorgelegt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich seit langem dafür ein, dass der Kiotoprozess fortgeführt wird und dabei auch der Flug- und Schiffsverkehr spätestens ab 2012 in das Klimaschutzregime einbezogen werden. Wir haben mit Experten aus Politik und Wissenschaft über die vorliegenden Vorschlägen der Kommission sowie andere Maßnahmen für mehr Klimaschutz im Flugverkehr diskutiert und grüne Forderungen für einen klimaschonenden und sauberen Luftverkehr erarbeitet.

Die Beiträge können unter www.winnehermann.de unter der Rubrik Luftverkehr und Klima abgerufen werden.

Sylvia Kotting-Uhl

Kompensieren statt Vermeiden?

Der Klimawandel lässt sich nicht kompensieren. Er lässt sich inzwischen auch nicht mehr vermeiden. Er lässt sich mit konzertierten Anstrengungen noch abmildern. Beim Klimakiller Nr.1 – dem CO₂ – brauchen wir eine ähnlich der Abfallpolitik aufgebaute Hierarchie: Vermeiden vor Ersetzen vor Verringern vor Kompensieren.

Erst wenn weder Verzicht noch Substitution noch relevante Effizienz möglich sind, wird als letzte Maßnahme kompensiert.

Wer einen Flug nicht vermeiden kann, soll wenigstens eine CO₂-Abgabe entrichten die an anderer Stelle in z.B. Aufforstung oder zum Ersetzen von klimaschädigenden Techniken investiert werden und so für CO₂-Neutralität sorgt.

Wer auch zukünftig nicht auf ein Auto verzichten kann, dessen CO₂-Ausstoß über vertraglichen Verbrauchsgrenzen liegt, der soll eine deutlich erhöhte KFZ-Steuer – also Ökosteuer – zahlen die ebenfalls für den Klimaschutz eingesetzt wird.

Maßnahmen für so definierte CO₂-Neutralität verbessern nichts, sondern erhalten den Status quo – sind also nur das viertbeste Mittel. Sie tragen immerhin nicht zu einer weiteren Verschlechterung der Klima-Situation bei.

Das drittbeste Mittel ist die Verringerung bisheriger CO₂-Emissionen, also der Einsatz von Effizienz-Technologien. Das Zweitbeste ist die Substitution – erneuerbare statt fossiler Energien – und das im Sinn von Klimaschutz beste Mittel ist der völlige Verzicht auf CO₂-emittierendes Tun.

Den Grünen wird immer noch die Hegemonie über originäre Umweltthemen zugesprochen. Deshalb nimmt man ihnen - und nur ihnen! – sofort übel, wenn sie sich Gedanken über andere als die besten Maßnahmen machen. Niemandem sonst scheint die Öffentlichkeit die gleiche Ernsthaftigkeit bei ökologischen Themen zuzutrauen.

So erklärt sich auch, warum gerade bei Grünen so sehr darauf geschaut wird, ob irgendwelche ihrer VertreterInnen zu große Autos fahren oder zu oft fliegen.

Allerdings haben Grüne das ökologisch korrekte Handeln weder gepachtet, noch ist es immer möglich –Grünen genau so wenig wie Mitgliedern und AnhängerInnen anderer Parteien. Wir alle leben in denselben Rahmenbedingungen – diese im ökologischen Sinn zu verbessern, ist die vorrangige politische Aufgabe.



Mitglied Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Es ist richtig, die Automobilindustrie – gerade die deutsche – durch Rahmenbedingungen zu Innovationen zu zwingen. Mobilität ohne Individualverkehr wird es nicht mehr geben – auch in unserem Land baut die Bahn entgegen allen grünen Bestrebungen ihre Angebote nicht aus, sondern ab. Nicht für jeden Zweck ist der Kleinstwagen geeignet und auch die Grüne zieht bei aller bekannten Fremdenfreundlichkeit den Japaner dem Deutschen nicht grundsätzlich vor. *(Auch die Autorin fährt ihren Prius ausschließlich aus Emissions- und Verbrauchsgründen.)*

Die deutsche Automobilindustrie hat ein gewaltiges Innovationsdefizit und es ist fatal, dass die Bundesregierung in der Debatte um die EU-weite Senkung der CO₂-Grenzwerte von Neuwagen über dieses Innovationsdefizit schützend ihre Hand hält.

Auch die Grünen argumentieren in Lebensstilfragen noch immer etwas zögerlich. Der kollektive Liebesentzug nach dem Magdeburger 5-Mark-fürs-Benzin-Beschluss ist nicht vergessen. Heute formulieren Grüne ihre Politik zwischen der an sie gerichteten Verdächtigung alles verbieten und Lebensqualität vermindern zu wollen und der Unterstellung gerade die Grünen und ihre Klientel lebten besonders flugintensiv und damit verbrauchend. Beides ist falsch.

Wer sich die Mühe macht und sich die Lebenswelten der grünen Parteibasis genauer anschaut, wird feststellen, dass dort sehr viele Menschen in vielen Bereichen das beste Mittel gegen CO₂-Emissionen praktizieren: das Vermeiden. Und dass sie das überhaupt nicht als Verringerung von Lebensqualität erleben, sondern ganz im Gegenteil.

Lebensstilfragen sind aber mehr denn je keine rein persönlichen mehr. Wenn wir es Ernst meinen mit der Reduzierung der pro-Kopf-Emissionen auf 2 Tonnen CO₂ im Jahr – und wir müssen es Ernst meinen! – dann müssen wir auch anfangen zu fragen welches persönliche Tun noch allgemeinverträglich ist.

Oder auch, welchen vernünftigen Grund es geben könnte z.B. mit einem Geländewagen über gut ausgebaute Straßen und Autobahnen zu fahren. Wir können versuchen solche Fragen über das Mittel Kompensieren zu lösen. Das hat den Nachteil, dass man nur genug Geld braucht um sich frei kaufen zu können.

Von der Verantwortung für die Lösung des größten vor uns liegenden Problems sollte sich aber niemand loskaufen können. Es ist die Aufgabe der Politik klare der Dramatik der Klima-Situation angemessene Rahmenbedingungen zu setzen: Grenzwerte – Grenzen! Sowohl die Industrie deren Selbstverpflichtungen der letzten Jahre in einer Reihe gebrochener Versprechen mündeten wie die einzelne Bürgerin deren gute Vorsätze oft an der Realität scheitern, brauchen sie.

Fritz Kuhn

Kein Gezerre um den Klimaschutz!

Das Regieren der großen Koalition ist wie Tauziehen. Um jeden politischen Vorschlag und faulen Kompromiss gibt es endloses Gezerre. Keiner der beiden Blöcke von Union und SPD gönnt dem anderen mittlerweile auch nur einen Zentimeter Erfolg.

Richtungsentscheidungen für die Zukunft macht das unmöglich. Doch ist die große Koalition auf hohe Spannung angewiesen.

Die Logik des Für und Wider stabilisiert die ganze Konstruktion, denn so lässt sich Handlungswillen vorzeigen. Dass die Verbindung trotz Dauerstreit nicht reißen darf, haben beide Seiten kapiert. Bis zur Wahl 2009 wollen sich Schwarze und Rote als gleichsam kraftvoll und standfest erweisen. Und Angela Merkel? Die Kanzlerin weiß das Seilziehen zu nutzen und balanciert obenauf. Sie achtet darauf, große Schritte tunlichst zu vermeiden.

Die Folge ist, dass Deutschland in vielen Bereichen auf der Stelle tritt. So hat das koalitionsnäre Kräftemessen bei der Gesundheitsreform nur Murks hinterlassen. Kein Problem wurde gelöst, neue Bürokratie ist dafür entstanden.

Die Arbeitsmarktpolitik könnte bei guter Konjunktur weiter vorangebracht werden, doch außer Hickhack um Mindest- und Kombilöhne ist nichts zu erwarten. An eine Neuregelung bei der Pflegeversicherung traut sich die Koalition gar nicht mehr erst ran.

Beim Klimaschutz wird der Stellungskampf zwischen Union und SPD zur

unerträglichen Strapaze. In keinem anderen Bereich wäre es nötiger, effektive Einzelmaßnahmen zu einem Konzept zu verbinden und an diesem Gesamtstrang gemeinsam zu ziehen. Die Auseinandersetzung um mehr Kohlekraft und Atomenergie führt beim Klimaschutz in die Sackgasse. Ein Irrwitz ist es geradezu, dass die Bundesregierung bei den Emissionszertifikaten Kohlekraft- gegenüber Gaskraftwerken privilegieren will, obwohl Kohle deutlich mehr CO₂ verursacht. Wirtschaftsminister Glos streitet sogar für einen besonderen Benchmark für Braunkohle, so dass die Zukunft des mit Abstand schmutzigsten Energieträgers in Deutschland gesichert ist!

Für uns Grüne ist daher klar: wenn wir beim Klimaschutz vorankommen wollen, muss sich die Politik von den Lobbys in der Energiewirtschaft emanzipieren und sich auf eine klare Richtung hin zur Energiewende verständigen. Wie dringend das ist, macht die neue CO₂-Statistik des Umweltbundesamtes deutlich:

Im Jahr 2006 ist der CO₂-Ausstoß in Deutschland erstmals wieder angestiegen. Nur aufgrund des Einsatzes der erneuerbaren Energien blieb der Anstieg jedoch gering. Wir kommen nur weiter, wenn wir massiv in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und in Energieeffizienz investieren.



Fraktionsvorsitzender

Die grüne Bundestagsfraktion hat Konzepte entwickelt, wie wir beim Stromverbrauch, Heizen und im Verkehrsbereich zu einer effektiven CO₂-Minderung kommen. Der Stromverbrauch ist für mehr als 40 Prozent des CO₂-Ausstoßes in Deutschland verantwortlich. Wir fordern die Bundesregierung auf, ehrgeizige Mindeststandards beim Stromverbrauch, das so genannte Top-Runner-Modell, und eine klare Verbrauchskennzeichnung einzuführen. Innerhalb der nächsten zehn Jahre lassen sich 20 Prozent des Stromverbrauchs in privaten Haushalten einsparen. Die große Koalition muss auch endlich ihre Selbstblockade beim regenerativen Wärmegesetz auflösen. Bislang wird erst jede zehnte Heizung mit erneuerbaren Energien wie der Solarthermie, Biomasse oder Erdwärme betrieben.

Die Abhängigkeit von den teurer werdenden und klimaschädlichen fossilen Energieträgern ist nach wie vor viel zu hoch. Nur mit klaren ordnungsrechtlichen Vorgaben werden sich die Investitionen in Ökoheizungen verstetigen.

Der Straßenverkehr verursacht in Deutschland ein Fünftel aller Treibhausgasemissionen. Mit ambitionierten Verbrauchsobergrenzen, der Umstellung der Kfz-Steuer auf den Schadstoffausstoß, einer Ausweitung der Lkw-Maut auf Kleintransporter und der Förderung alternativer Antriebstoffe können wir den CO₂-Ausstoß im Verkehr reduzieren.

In der Diskussion ist noch viel zu wenig angekommen, dass es oft bessere Alternativen zum Auto gibt. Warum tun wir nicht mehr für umweltfreundliches Fahrradfahren in unseren Städten?

Dort entstehen über 40 Prozent der CO₂-Emissionen des Verkehrs. Die Hälfte aller Autofahrten sind kürzer als sechs Kilometer. Wir brauchen ein neues Leitbild der fahrrad- und fußgängergerechten Stadt. Eine erste Maßnahme wäre ein innerörtliches Tempolimit von 30 km/h.

Die große Koalition muss das Gezerre beim Klimaschutz aufgeben und eine abgestimmte Umwelt- und Wirtschaftspolitik einleiten.

Nur mit entschiedenen Schritten wird Deutschland seine Vorreiterrolle erhalten und kann internationale Verhandlung glaubwürdig voranbringen. Im Bereich der erneuerbaren Energien sind wir seit Jahren Exportweltmeister. Mittlerweile decken die Erneuerbaren Energien bei uns schon 12 Prozent des Stromverbrauchs ab.

Wir müssen uns jetzt das Ziel setzen, dass wir die energieeffizienteste Volkswirtschaft der Welt werden. Dazu müssen wir hier zeigen, wie man mit grünen Ideen eine ökologische Energieerzeugung und Mobilität schafft, die auf der ganzen Welt Anwendung finden kann.

Gerhard Schick

G8-Gipfel in Heiligendamm: Vereinbarung zur Hedgefonds- Regulierung dringend nötig

Die nächste Weltwirtschaftskrise wird von einem Hedgefonds ausgelöst

Viele Expertinnen und Experten rechnen damit, dass die nächste Finanzkrise von einem Hedgefonds ausgelöst wird. Eine Ursache für die Risiken, die von ihnen ausgehen, ist das Agieren mit hochspekulativen Wertpapieren. Dabei unterscheiden sie sich von Aktienfonds vor allem dadurch, dass sie völlig frei in ihrer Anlagepolitik sind. Man darf Hedgefonds allerdings auch nicht dämonisieren. Sie haben eine wichtige Stellung auf den internationalen Kapitalmärkten, wo sie risikoreiche Investments tätigen und die Nachfrage nach hochriskanten Anlageprodukten befriedigen.

Crash bei Hedgefonds kann Kettenreaktion verursachen

Dennoch muss man sich die Dimension klar machen: Allein die Hundert größten Fonds haben eine Schlagkraft von der Größe des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands. Kommt es zu einer Krise, sind deshalb auch die Banken betroffen, mit deren Geld die Hedgefonds arbeiten – und außerdem die Märkte, in denen die Fonds investiert haben. Entwicklungsländer sind solchen Finanzmarktkrisen besonders stark ausgesetzt. In kürzester Zeit, das hat man an der Asienkrise gesehen, werden über viele Jahre hinweg erreichte Fortschritte in der Entwicklungspolitik zunichte gemacht.

Regulierung notwendig

Deshalb ist eine Regulierung von Hedgefonds dringend geboten. Denkbar sind Vorgaben zur maximalen Kreditaufnahme und

zur Risikostreuung. Langfristig anzustreben ist eine transnationale Aufsichtsstruktur mit ausreichenden Kompetenzen, um auf Fehlentwicklungen adäquat reagieren zu können. Eine Regulierung ist auf jeden Fall eine multilaterale Angelegenheit. Würde ein einzelner Staat regulieren, würden bei den heutigen Bedingungen internationaler Kapitalmobilität die Hedgefonds schnell ihren Sitz in ein regulierungsfreies Land verlagern. Mindestens die relevanten Finanzplätze, aus denen das Geld für die Hedgefonds kommt, müssen also bei der Regulierung mitziehen und Druck auf die so genannten Offshore-Länder ausüben. Denn ein Großteil der Hedgefonds hat ihren Sitz nicht etwa im Londoner Bankenviertel oder an der Wall Street, sondern unter anderem auf den Bahamas oder den britischen Kanalinseln. Entsprechend schwierig ist es, zu einer internationalen Regelung zu kommen. Aber: So wie über Jahrzehnte hinweg immer mehr Regelungen abgeschafft und damit der globalen Finanzmarkt erst möglich gemacht wurde, so kann die internationale Staatengemeinschaft auch umgekehrt zu einer Einigung kommen – den politischen Willen vorausgesetzt.



Mitglied
Finanzausschuss

G8 müssen voranschreiten

Immerhin: Ein erster Schritt ist getan – beim G8-Treffen in Heiligendamm stehen die Hedgefonds erstmals auf der Tagesordnung eines internationalen Spitzentreffens. Als absolutes Minimum muss eine Übereinkunft zu mehr Transparenz herauskommen. Das würde zum Beispiel bedeuten, dass Hedgefonds monatlich an die Aufsichtsbehörden die Bewegungen in ihrem Anlageportfolio melden. Denn Hedgefonds kaufen in letzter Zeit besonders risikoreiche Kreditderivate auf. Niemand weiß deswegen, wie die Kreditrisiken derzeit tatsächlich verteilt sind.

Doch die Transparenz zu erhöhen, wie das Finanzminister Steinbrück anstrebt, reicht nicht aus. Klare Verhaltensregeln sind notwendig. Es kann nicht sein, dass jede kleine Sparkasse streng beaufsichtigt wird und große Hedgefonds mit riskantem Anlageprofil und hoher Kreditfinanzierung völlig unkontrolliert mit Milliardensummen spekulieren.

Immobilienkredite

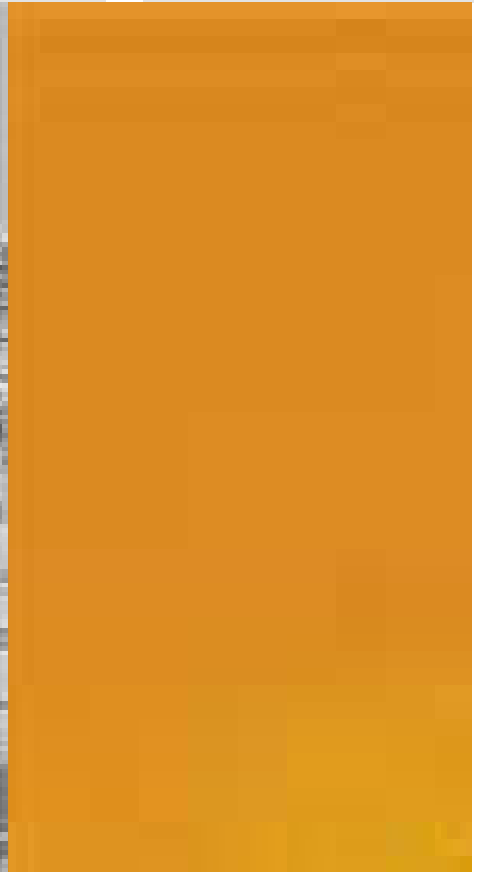
Immer häufiger war in den vergangenen Monaten über Immobilienbesitzer zu lesen, die in erhebliche finanzielle Probleme geraten sind, nachdem ihre Bank ihren Kredit an einen Finanzinvestor verkauft hatte. Folge in vielen Fällen: Zwangsvollstreckung und Verlust der Immobilie.

Gerieten Schuldner bei der Kreditbedienung in Schwierigkeiten, zeigten die Finanzinvestoren kein Interesse an einer einvernehmlichen Lösung. Vielmehr waren die neuen Gläubiger darauf bedacht, unverzüglich die Zwangsvollstreckung einzuleiten. Die Kreditnehmer verloren so nicht nur ihre Immobilien gegen einen unter dem Verkehrswert liegenden Verkaufspreis, im Saldo blieben sie auch noch

mit einer erheblichen Restschuld zurück.

Inzwischen sind auch Fälle bei Kreditnehmern aufgetreten, die ihren Verpflichtungen ordentlich nachkamen. Im Zuge der Anschlussfinanzierung oder auch durch eine Überprüfung des Immobilienwerts (also der Sicherheit) drängten die Finanzinvestoren zu einer vorzeitigen Auflösung des Kreditvertrags und erreichten somit eine Verwertung der Immobilie zu ihren Gunsten.

Durch solche Verhaltensweisen wird das Vertrauensverhältnis zwischen Kreditnehmern und -gebern gestört. Bürgerinnen und Bürger, für die ein Immobilienkredit häufig die bedeutendste Investition ihres Lebens ist, brauchen jedoch maximale Rechtssicherheit. Was ökonomisch sinnvoll ist, dass also Banken große Kreditportfolios verkaufen und sich auf diesem Wege sowohl Liquidität für eine weitere Kreditvergabe beschaffen als auch Risiken in ihren Bilanzen vermindern, darf nicht auf dem Rücken der Verbraucher geschehen. Wir wollen die Rechte der Kreditnehmer stärken: Unter anderem soll in Kreditverträgen zwingend darauf hingewiesen werden müssen, ob dieser Vertrag während der Laufzeit an einen anderen Gläubiger übergehen darf. Ist das der Fall, muss der Schuldner zeitnah über den Verkauf des Kreditvertrages und den Käufer informiert werden. So würde mehr Transparenz erreicht und die Schuldner in die Lage versetzt, ihr Risiko bei Vertragsabschluss besser einschätzen zu können.



Kerstin Andreae

Mitglied Finanzausschuss
 Platz der Republik 1, Berlin
 Mitarbeit: Rita Maria Lienesch
 (Büroleitung), Claudio Struck
 (Kommunalpolitik), Holger Weber
 (Finanz- und Steuerpolitik)
 Tel. 030/227-71480, Fax -76481
 kerstin.andreae@bundestag.de
 www.kerstin-andreae.de
 WK: Per Klabundt, Johannes Wald-
 schütz
 Haslacher Str. 61, Freiburg,
 Tel. 0761/88867-13, Fax -14

Biggi Bender

Mitglied Ausschuss für Gesundheit
 und Soziales
 Platz der Republik 1, Berlin
 Mitarbeit: Annette Rausch
 (wissenschaftliche Mitarbeiterin),
 Astrid Spiegel (Büroleitung),
 Tel. 030/227-71667, Fax -76667
 birgitt.bender@bundestag.de
 www.biggi-bender.de,
 WK: Sandra Weber
 Hermannstr. 5a, Stuttgart,
 Tel. 0711/26346177, Fax 6151725



Alexander Bonde

Mitglied Haushalts- und
 Verteidigungsausschuss
 Platz der Republik 1, Berlin
 Mitarbeit: Jutta Albrecht (Haushalt),
 Thorsten Arzbach (Verteidigung),
 Ulrike Paschedag (Büro)
 Tel. 030/227-71691, Fax. -76991
 alexander.bonde@bundestag.de
 www.alexander-bonde.de
 WK: Marco Dieterle, Martin Kranz,
 Karl-Friedrich -Str. 40,
 Emmendingen,
 Tel. 07641/954545, Fax. 954546





Uschi Eid

Mitglied Auswärtigen Ausschuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Cordula Hamschmidt
(Auswärtige Kulturpolitik), Nina
Odenwälder (Afrika, Wasserpolitik)
Manuel Hublitz (Sachbearbeitung)
Tel. 030/227-71575, Fax -76233
uschi.eid@bundestag.de
www.uschi-eid.de
WK: Astrid Linnemann
Plochinger Str. 8, 72622 Nürtingen
Tel. 07022/37234, Fax 07022/37321



Fritz Kuhn

Fraktionsvorsitzender
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Marcus Becher (Büroleitung), Boris
Dehler, Marianne Tritz, Astrid Evert
(wissenschaftliche Mitarbeit), Rotraud Delidakis,
Caroline Junge (Büro)
Tel. 030/227-71897, Fax -76896
fritz.kuhn@bundestag.de
www.fritz-kuhn.de
WK: Irene Gebauer
Rohrbacherstr. 39, Heidelberg,
Tel. 06221/167611, Fax. 24908



Winfried Hermann

Mitglied Sport- und Verkehrsaus-
schuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Sabine Krüger (Umwelt)
Michael Baumbach (Sport), Derek
Ladewig (Verkehrspolitik)
Tel. -71949, Fax -76399
winfried.hermann@bundestag.de
www.winfriedhermann.de
WK: Jenny van Heeswijk, Chris
Kühn, Rümelinstr. 8, Tübingen,
Tel. 07071/252757, Fax. 252757



Sylvia Kotting-Uhl

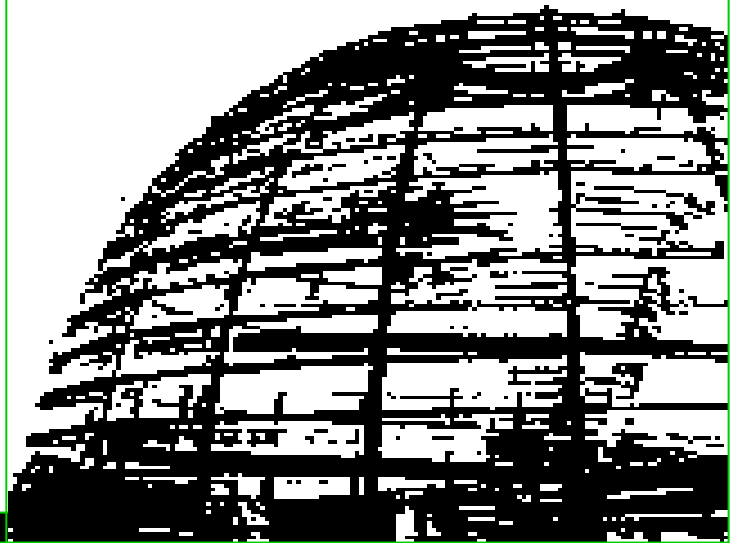
Mitglied Ausschuss für Umwelt, Na-
turschutz und Reaktorsicherheit,
Mitglied Verkehrsausschuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Jörg Kaschubowski,
Michael Weltzin
Tel. 030/227-74742, Fax -76742
sylvia.kotting-uhl@bundestag.de
www.kotting.uhl.de
WK 1: Inge Behner, Hauptstr. 41,
Neckargemünd
WK 2: Ulrike Maier, Sophienstr. 58,
Karlsruhe



Gerhard Schick

Mitglied Finanzausschuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Philipp Bohle, Claudia
Tober (wissenschaftliche Mitar-
beit) Kirsten Schiller (Büroleitung)
Tel. 030/227-74535, Fax -76656
gerhard.schick@bundestag.de
www.gerhardschick.net
WK: Thomas Hornung, Damian
Wiench
Waldhofstr. 4, Mannheim
Tel. 06214017252 Fax. -8469

MEHR
UNTER
WWW.GRUENE-
FRAKTION.DE



Ein Draht nach Berlin: SÜDWEST GRÜN

SÜDWEST GRÜN wird als pdf-Datei versandt und kann mit Acrobat Reader geöffnet werden.

Diesen elektronischen Rundbrief dürft ihr gerne an andere Interessierte, Freundinnen und Freunde weiterleiten.

Wer **SÜDWEST GRÜN** regelmäßig beziehen will und noch nicht im Verteiler ist, kann sich durch eine Mail an: alexander.bonde@bundestag.de aufnehmen lassen.

Ein einfaches „In den Verteiler **SÜDWEST GRÜN**“ im Betreff reicht aus. Abbestellen könnt ihr auf dem gleichen Weg.

Alle Ausgaben von **SÜDWEST GRÜN** und weitere Informationen über die Landesgruppe BadenWürttemberg von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag sind auch im Internet zu bekommen unter:

www.suedwestgruen.de oder www.landesgruppe-bawue.de.

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein, wie wir es gerne möchten.

Ihr seid unser wichtigstes Bindeglied nach Hause.

Für uns ist es wichtig zu wissen, was euch konkret „auf den Nägeln brennt“.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in ständigem engen Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin.

Eure Ideen, euer Engagement sind ein wichtiger Beitrag zu unserer parlamentarischen Arbeit.



Bundestagsfraktion

Rundbrief der baden-württembergischen
Grünen im Bundestag

V. i. S. d. P.

Alexander Bonde, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion: Ulrike Paschedag

Telefon: 030/227-71691

Fax: 030/227 76991

E-Mail: alexander.bonde@bundestag.de

<http://www.alexander-bonde.de>